

Die Umbenennung der »Emmich-Cambrai-Kaserne« in »Hauptfeldwebel-Lagenstein-Kaserne« sei ein deutliches Signal, verkündet das Verteidigungsministerium. Wohl wissend, dass man sich in Sachen Traditionspflege wieder einmal vor zwingend gebotenen Entscheidungen drückt.



Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen am Ehrenhain für gefallene Soldaten im Camp Marmal in Masar-i-Scharif (Afghanistan)

Foto: dpa/Gregor Fischer

## Warum nicht Robert Gauweiler?

Hauptfeldwebel ersetzt Preußengeneral als Namensgeber – »Entnazifizierung« sieht anders aus

An diesem Mittwoch wird Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) eine Kaserne in Hannover umbenennen und den neuen Traditionserlass der Bundeswehr in Kraft setzen. Wie weit trägt der?

Von René Heilig

Die bisher gültigen »Richtlinien zum Traditionsverständnis und zur Traditionspflege in der Bundeswehr« stammen aus dem Jahr 1982. Seither, so sagt die politische Führung der Bundeswehr, hätten sich »wesentliche Rahmenbedingungen« so sehr verändert, dass »eine Überarbeitung« notwendig wurde.

Alles begann mit Franco A. Der war Oberleutnant der Bundeswehr und ist seit dem 1. Dezember vergangenen Jahres vom Generalbundesanwalt angeklagt. Er habe, als Flüchtling gelangt, eine schwere Straftat vorbereitet, so lautet der Verdacht. Die Vorwürfe reichen von der Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat über Verstöße gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz und illegalen Waffenbesitz bis zum Sozialbetrug. A. ist offensichtlich ein überzeugter Rechtsextremist. Die Ermittler fanden Notizen, in denen er schon als Jugendlicher festhielt: »Wer Adolf Hitler schlecht macht, ist ein Lügner.« Schließlich sei der »einer der bedeutendsten deutschen Volksführer«. A. wollte Zeichen setzen gegen den Zugang von Flüchtlingen, der mit einer »Rassenvernichtung« einher gehe. Seine 2014 verfasste Abschlussarbeit an einer französischen Elite-Militärakademie sei keine wissenschaftliche Arbeit, sondern »ein radikalnationalistischer, rassistischer Appell«, merkte ein Gutachter damals an. Konsequenzen blieben aus.

Besonders empörte sich darüber Ministerin von der Leyen und ordnete eine Art Durchsuchung in allen Dienstgebäuden der Bundeswehr an. Dabei fand sich erstaunlich vieles, was sinnstiftend von der Wehrmacht übernommen wurde. Weg damit, lautete von der Leyen Befehl, den man der Ministerin allerdings vielerorts sehr übel nahm. Ihre beste Verteidigung war ein Generalangriff gegen die Wehrmachtstraditionen und die Verherrlichung von Hitler-Helden: »Am Tor der Kasernen stehen nach wie vor Namen wie Hans-Joachim Marseille oder Helmut Lent. Beide Namensgeber sind nicht mehr

sinnstiftend für die heutige Bundeswehr«, sagte von der Leyen und verallgemeinerte: »Sie gehören zu einer Zeit, die für uns nicht vorbildgebend sein kann.«

Man muss von der Leyen zugute halten, dass sie den Prozess zur Erarbeitung eines neuen Erlasses sehr transparent gehalten hat. Maßstab für das Traditionsverständnis und die Traditionspflege in der Bundeswehr sei nichts anderes als das Grundgesetz mit seinen zentralen und universellen Werten wie Menschenwürde, Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, wurde bei jedem veranstalteten Workshop betont. Der neue Erlass gewähre die Freiheit, aus allen Epochen der deutschen Militärgeschichte Vorbildliches in das Erbe der Bundeswehr zu übernehmen – wenn es fürs Militär sinnstiftend ist und dessen Werten entspricht. Er bietet Freiräume beispielsweise für regionale Besonderheiten oder für Bedürfnisse des jeweiligen Verbandes.

Zentraler Bezugspunkt für die Tradition der Bundeswehr sei ganz sicher nicht mehr deren Herkunft aus der Wehrmacht, sondern ihre eigene Geschichte, die offiziell 1955 begann. Seit der Herstellung der deutschen Einheit hätten sich für die Truppe neue weltweite Aufgaben ergeben.

Nun hätte man das ja auch bei der ersten im Sinne des neuen Traditionserlasses vorgenommenen Kasernenumbenennung deutlich machen können. Doch so tapfer ist von der Leyen nun doch nicht. In Hannover werden der Name des preußischen Generals Otto von Emmich als auch der von deutschen Truppen im Ersten Weltkrieg besetzten französischen Stadt Cambrai, wo die erste Panzerschlacht stattgefunden hat,

verschwinden. Gut so! Doch wann endlich folgt der Namensentzug für Kasernen, an deren Toren noch immer die Namen von Hitlers Fliegerassen Marseille und Lent sowie anderer Nazi-Eroberungskrieger stehen?

Die Feldjägerschule in Hannover wird künftig nach Tobias Lagenstein benannt. Der Hauptfeldwebel aus dem Feldjägerbataillon 152 in Hannover ist nur 31 Jahre alt geworden. Am 28. Mai 2011 kamen er und Major Thomas Tholi bei einem Bombenanschlag in der nordafghanischen Stadt Taloqan um. Langenstein war Chef des Personenschutzkommandos des damaligen deutschen ISAF-Regionalkommandeurs Markus Kneip. Der Generalmajor, heute ein Vertrauter der Ministerin, der selbst schwer verletzt wurde, hatte sich mit hochrangigen afghanischen Behördenchefs getroffen.

Die Feldjäger in der Kaserne tragen die Umbenennung mit, die Stadt Hannover ist dafür. Stadtratsmitglied Dirk Machentanz, einer von den LINKEN, hat sich bei der Abstimmung im Verwaltungsausschuss enthalten. Nicht, weil er den alten Namen behalten will. Er findet es problematisch, die Kaserne nach einem Mann zu benennen, der in Afghanistan gestorben ist. Schließlich sei der Auslandseinsatz nicht normal, sondern ein Skandal. Die Grünen im Rat stimmten zwar zu, doch auch sie sagen, dass der Afghanistaneinsatz »Schattenseiten« hat. Wohl wahr. Man denke nur an die Bombardierung von Zivilisten in Kundus 2009. Über 100 Menschen starben auf Befehl eines deutschen Offiziers, den man später zum General ernannte. Wie ordnet man so etwas ein in die Traditionslinien der Bundeswehr?

### Sinnstiftung von links

Gemeinhin spricht man Linken und der LINKEN ab, sich überhaupt vorstellen zu können, dass die Bundeswehr Traditionen braucht. Und so wird die Meinung von Alexander Neu, LINKEN-Obmann im Verteidigungsausschuss, manchen gewiss verwundern: »Die Bundeswehr will sich auf die eigenen Traditionen besinnen – das muss nicht grundsätzlich falsch sein. Ich erinnere mich an

Zeiten, da fühlte sie sich dem Gedanken verpflichtet, dass Frieden der Ernstfall ist.« Damals habe sie ihren Verfassungsauftrag als Verteidigungsarmee erfüllt. Neu erinnert auch »an durchaus bemerkenswerte Leistungen der Bundeswehr, als es um Abrüstung ging«. Zudem sei leider vieles in Vergessenheit geraten, was unter dem Stichwort Staatsbürger in Uniform propagiert wurde.

Zugegeben, von der Leyens Untergebene haben sich bei der Suche nach einem passenden Namen Mühe gegeben. Und dabei zugleich die Enge deutlich gemacht, zu der der neue Traditionserlass zwingt. Man muss die Wehrmachtzeit keineswegs aussparen oder auf den Widerstand um Oberst Stauffenberg reduzieren, wenn man nach Bewahrenswertem im Sinne des Grundgesetzes sucht. Im Zweiten Weltkrieg sind von der Wehrmachtjustiz über 30 000 Todesurteile gegen eigene Soldaten ausgesprochen und über 23 000 vollstreckt worden. Den meisten dieser Mordbefehle lagen »Fahnenfluchten« oder der Tatbestand »Wehrkraftzersetzung« zugrunde.

Todgeweihte aus dem Wehrmachtsuntersuchungsgefängnis am Waterlooplatz in Hannover wurden auf dem Schießplatz in Hannover-Vahrenheide erschossen – das ist dort, wo man unlängst das neue Übungszentrum der Feldjäger eingeweiht hat. Es hätte sogar einen regionalen Grund gegeben, einen anderen Namen ans Kasernen-tor zu schreiben. Mit dem man zugleich eine eindeutige Haltung zu allem, was mit Wehrmacht zu tun hat, hätte dokumentieren können.

Fündig wäre man bei entsprechender Suche auch im Zuchthaus Brandenburg-Görden geworden. In dessen Totenliste befinden sich sieben Hannoveraner, die wegen »Fahnenflucht« oder »Wehrkraftzersetzung« zum Tode verurteilt wurden. So hätte der Name von Robert Gauweiler am Kasernen-tor seiner Heimatstadt stehen können. Den hatte man schon vor Hitlers Machtantritt wegen Hochverrat verurteilt und anschließend im KZ eingesperrt. Als man den Vater von sechs Kindern dann zur Wehrmacht presste, gab er seinen Kampf gegen den Krieg nicht auf. Im Dezember 1944 wurde er wegen »Zersetzung der Wehrkraft« in Hamburg erschossen.

Gauweiler schrieb im letzten Brief an seine Frau Thea: »Du brauchst dich wegen meiner Hinrichtung nicht zu schämen, denn du weißt wie ich, daß ich kein Verbrecher war, wohl ein Mensch, der eine Überzeugung hatte und nun für diese Überzeugung sterben muss.«

Ob die Bundeswehr wohl irgendwann in der Lage ist, eine solche Überzeugung zu teilen?

## Wie (k)ein Feindbild nachwirkt

Das knifflige Problem mit der Armee der Einheit

In Zeiten des Kalten Krieges war für NVA-Soldaten in der DDR klar: Es gibt einen Feind, das ist der Imperialismus, und die Bundeswehr ist unter der Fuchtel der USA eine seiner Speerspitzen. Die Doktrin der Bundeswehr dagegen kam offiziell ohne ein Feindbild aus. Umso gefragter ist das jetzt.

Weder die faschistische Wehrmacht noch die Nationale Volksarmee (NVA) können traditionsstiftend sein, so wird heute in gleichmacherischer totalitarismustheoretischer Manier betont. Doch da stellt die Geschichte ein Bein. Man lobt eigenes Verhalten und dass man »ausgewählte ehemalige NVA-Angehörige« 1990 in die Bundeswehr übernommen habe und so »zum Gelingen der Deutschen Einheit« beigetragen habe.

Diese »Armee der Einheit« nötigte die Autoren des Traditionserlasses zu mehreren Entwürfen. Am Ende dieser Arbeit ist nun vermerkt, was auch in der DDR nie bestritten wurde: Die NVA war »eine sozialistische Klassen- und Parteiarmee, die mit ihrer Aufstellung fest in das Bündnisystem der sozialistischen Staaten, den Warschauer Pakt, eingefügt wurde. Ihr Selbstverständnis orientierte sich an der Staatsideologie der DDR. Die NVA wurde von der SED geführt, handelte im Sinne ihrer Politik und trug maßgeblich zu ihrer Herrschaftssicherung bei.« Zu ihrer Rolle bei der friedenssichernden Bewahrung eines Gleichgewichts des Schreckens findet sich kein Wort. Wohl aber wird ihre Rolle bei der »Friedlichen Revolution 1989« betont. Da sei sie »nicht gegen das Freiheitsstreben der Bevölkerung« vorgegangen. Stimmt auch.

Grundsätzlich, so heißt es weiter, sei »die Aufnahme von Angehörigen der NVA in das Traditionsgut der Bundeswehr möglich«. Nach eingehender »Einzelfallbeurteilung« und »sorgfältigem Abwägen«. Das müsse »die Frage nach persönlicher Schuld berücksichtigen und eine Leistung zur Bedingung machen, die vorbildlich oder sinnstiftend in die Gegenwart wirkt, etwa die Auflehnung gegen die SED-Herrschaft oder besondere Verdienste um die Deutsche Einheit«. hei

»Du brauchst dich wegen meiner Hinrichtung nicht zu schämen, denn du weißt wie ich, daß ich kein Verbrecher war, wohl ein Mensch, der eine Überzeugung hatte und nun für diese Überzeugung sterben muss.«

»Wehrkraftzersetzer«  
Robert Gauweiler, 1944

# Warten auf die Antwort des Kreml

Reaktion auf Massenausweisung russischer Diplomaten angekündigt / Präsident Putin bei Katastrophenopfern

Russland trauert um die Opfer der Brandkatastrophe von Kemerowo. Sie überschattete die Massenausweisung seiner Diplomaten.

Von Klaus Joachim Herrmann

Russland habe viel gelernt über die Politiker Europas und Amerikas, reagierte Außenamtssprecherin Maria Sacharowa auf die Ausweisung russischer Diplomaten aus fast zwei Dutzend Ländern. Während die Russen um die Opfer der Tragödie im sibirischen Kemerowo trauerten, seien diesen Politikern neue feindliche Handlungen wichtiger, schrieb sie in der Nacht zu Dienstag auf Facebook. »Heute hörten wir Worte des Mitgefühls, aber in Wirklichkeit sahen wir eine absolut unbegründete Aggression.« Dies sei »schwer zu glauben und wird schwer zu vergessen sein«.

Am frühen Dienstagmorgen war Präsident Wladimir Putin in Kemerowo eingetroffen, hatte am Ort der Katastrophe der mehr als 60 Todesopfer, darunter über 40 Kinder, gedacht. »Verbrecherische Nachlässigkeit, Schlamperei«, nannte er laut Medienberichten als Ursachen des Unglücks vom Sonntag in dem vierstöckigen Einkaufszentrum. Alle dafür Verantwortlichen würden bestraft, kündigte er bei einem Treffen mit Angehörigen von Opfern an. Er besuchte das Krankenhaus und sprach mit Verletzten. Für Mittwoch wurde Staatstrauer angeordnet.

Die Ausweisung russischer Diplomaten wurde von der Tragödie überschattet und blieb vorerst ohne Antwort. Maßnahmen sollten nach Medienberichten vom Außenministerium dem Präsidenten vorgeschlagen werden. Außenminister Sergej Lawrow besucht derzeit Usbekistan. Von dessen Hauptstadt Taschkent aus machte er Washington verantwortlich. Die Ausweisungen seien das »Ergebnis kolossalen Drucks, kolossaler Erpressung« seitens der USA. Dies sei Washingtons »Hauptinstrument auf der internationalen Bühne«. Russland werde reagieren, daran bestehe kein Zweifel, fügte Lawrow hinzu. Solch »launisches Verhalten« könne nicht unbeantwortet bleiben.



Wladimir Putin legt Blumen in Kemerowo nieder.

Foto: dpa/Alexei Druzhinin

Im Gespräch blieben »spiegelbildliche und nicht-spiegelbildliche Maßnahmen«, was alles bedeuten kann. Aus Washington wurde von der dortigen russischen Botschaft getwittert, als Antwort auf die Schließung des Konsulates in Seattle solle darüber abgestimmt werden, welches US-Konsulat in Russland zu schließen sei. Zur Wahl stehen die diplomatischen Vertretungen in St. Petersburg, Jekaterinburg und Wladiwostok.

»Die USA führen sich wie ein äußerst verantwortungsloser Spieler auf – im direkten und im übertrage-

nen Sinne«, klagte Vizeaußenminister Sergej Rjabkow in der Rossiskaja Gasjeta. »Erneut gibt es lügnerische Beschuldigungen gegen uns, Drohungen und Versuche, unsere Positionen von den Füßen auf den Kopf zu stellen.« Moskau sei zu konstruktiver Zusammenarbeit bereit, könne aber die westlichen Entscheidungen nicht unbeantwortet lassen.

Von dem Beginn eines »diplomatischen Krieges« zwischen Russland und dem Westen spricht Fjodor Lukjanow, Vorsitzender des Rates für Außen- und Verteidigungspolitik, einer Nichtregierungs-Vereinigung

russischer Persönlichkeiten und Experten. Erstmals verschärfen sich die Beziehungen des Westens mit einem wichtigen Partner nicht wegen eines eigenen Konfliktes mit ihm, sondern aus Blockdisziplin. Das habe es früher nur in einer Vorkriegs- oder Kriegssituation gegeben. Dabei sei der Fall Sergej Skripal, der Giftangriff auf den ehemaligen russischen Doppelagenten und seine Tochter am 4. März im britischen Salisbury, äußerst unklar.

Der Öffentlichkeit seien keine Verdächtigen, kein Tathergang und kein Motiv präsentiert worden –

wenn man dieses Argument nicht zähle: »Putin ist ein Verrückter und macht gern Ärger.« Senator Alexej Puschkow twitterte, das »Potential einer Verschlechterung der Beziehungen mit Russland ist noch lange nicht ausgeschöpft«. Die US-Administration arbeite aber daran. Längst argwöhnt man in Moskau, als nächstes würde der Westen Schläge gegen die Fußball-Weltmeisterschaft und gegen die Erdgasleitung Nord Stream 2 führen.

Eine Reaktion des Kreml kann, muss aber nicht zwangsläufig rasch erfolgen. Dort lässt man sich zuweilen sogar eine Menge Zeit und die russische Diplomatie ist immer mal wieder für ausgeklügelte Überraschungen gut. So beantwortete Putin die Last-Minute-Attacke des scheidenden US-Präsidenten Barack Obama, den Rausschmiss von 35 russischen Diplomaten Ende 2016 und die Schließung einiger diplomatischer Einrichtungen, mit einer Einladung für US-Diplomaten in Russland und deren Kinder zum Jolkafest in den Kreml.

Erst zum 1. September 2017 wurde der Abbau von Hunderten Mitarbeitern in US-Vertretungen in Russland »vorgeschlagen« und musste ausgeführt werden. Auch wurden »spiegelbildlich« US-Einrichtungen geschlossen. Vergeblich hatte Moskau ein gutes halbes Jahr auf die Einlösung der Wahlkampfkündigung des neuen Präsidenten Donald Trump gehofft, für Tauwetter sorgen zu wollen. Stattdessen verhängte der Kongress per Gesetz neue Sanktionen, die von Trump unterzeichnet wurden.

Der britische Außenminister Boris Johnson erhielt allerdings bereits eine Antwort, wenn sie auch unangenehm ausfiel. Den Vergleich der Fußball-WM in Russland 2018 mit der Olympiade in Hitlers Deutschland 1936 solle er besser lassen, kontert die Russische Botschaft in den USA. Sie präsentiert auf ihrem Twitter-Account seit dem 22. März ein Sechsenkunden-Video: Vor einem Länderspiel Deutschland-England 1938 in München zeigen beide Mannschaften einträchtig den Hitlergruß.

## NACHRICHTEN

### Zwei Verdächtige nach Tötung von 85-jähriger Jüdin inhaftiert

Paris. Nach dem gewaltsamen Tod einer 85-jährigen Holocaust-Überlebenden in Paris hat die französische Justiz zwei Verdächtige in Untersuchungshaft genommen. Ihnen werde vorsätzliche Tötung aufgrund der tatsächlichen oder vermeintlichen Zugehörigkeit des Opfers zu einer Religion vorgeworfen, bestätigten Justizkreise dpa am Dienstag. Das Opfer Mireille Knoll war den Angaben zufolge Jüdin. Frankreichs Staatspräsident Emmanuel Macron reagierte empört auf den Fall, der über die Grenzen Frankreichs hinweg Aufsehen erregte. dpa/nd

### NAACP-Vorkämpferin Linda Brown gestorben

Washington. Als Kind stand Linda Brown im Zentrum eines Justizstreits um die Aufhebung der Rassentrennung an US-Schulen – jetzt ist sie im Alter von 76 Jahren gestorben, wie die schwarze Bürgerrechtsorganisation NAACP mitteilte. Die NAACP war 1954 maßgeblich am Zustandekommen des historischen Urteils des Obersten US-Gerichtshofs beteiligt, das Rassentrennung an Schulen für illegal erklärte. AFP/nd

### Lula scheitert erneut mit Berufungsantrag

Rio de Janeiro. Brasiliens Ex-Präsident Luiz Inácio Lula da Silva ist vor Gericht erneut mit einem Berufungsantrag gegen seine Verurteilung wegen Korruption gescheitert. Ein Berufungsgericht in Porto Alegre lehnte am Montag seinen Einspruch gegen das Urteil ab, wie die Nachrichtenagentur Agencia Brasil berichtete. Ihm droht damit bald der Beginn seiner zwölfjährigen Haftstrafe wegen Korruption. Allerdings gewährte der Oberste Gerichtshof Brasiliens dem 72-Jährigen vorige Woche Haftaufschub bis 4. April. Lula hat die gegen ihn erhobenen Vorwürfe stets zurückgewiesen. AFP/nd *Kommentar Seite 4*

### EU-Bürgerbeauftragte prüft Fall Selmayr

Brüssel. Die Berufung des Deutschen Martin Selmayr zum höchsten Beamten der EU-Kommission beschäftigt auch die Europäische Bürgerbeauftragte Emily O'Reilly (Irland). »Wir haben eine Reihe von Beschwerden bekommen«, sagte O'Reilly gegenüber dpa in Brüssel. Sie behalte sich eine Prüfung des Falls vor. Selmayr wurde Ende Februar zum Generalsekretär der Kommission ernannt. Aus dem Europaparlament gibt es heftige Kritik, weil die Berufung ohne Gegenkandidaten und unter strikter Geheimhaltung stattfand. dpa/nd

## Angriff auf die letzte Bastion

Die Bosphorus-Universität galt lange als Hort liberaler und linker Ideen

Die AKP-Regierung knöpft sich den Campus der Bosphorus-Universität vor. Unterdessen wird der Prozess gegen die »Akademiker für den Frieden« am Mittwoch fortgesetzt

Von Mathias Fiedler

Am Mittwoch, den 28. März, werden in der Türkei die Prozesse gegen die »Akademiker für den Frieden« fortgesetzt. Mehr als tausend Menschen hatten im Januar 2016 einen Friedensappell unterzeichnet, viele sind mittlerweile entlassen worden.

Unter ihnen ist jedoch niemand von der Bosphorus-Universität. Diese galt bislang nicht nur als eine der erfolgreichsten, sondern auch der liberalsten Universitäten des Landes – ein Freiraum auch für politische Äußerungen. In den vergangenen Tagen aber gab es mehrere Razzien und Verhaftungen von Studierenden. Begonnen hatte dies am Montag, den 19. März, als BİSAK, ein an der Universität aktiver Islamischer Forschungsclub, die traditionelle Süßigkeit Lokum verteilte, um so die Besetzung von Afrin zu feiern. Daraufhin versammelten sich Studierende zu Anti-Kriegsprotesten und forderten die Gruppe auf, die Verteilung zu beenden. Mehr und mehr Unterstützer beider Seiten kamen hinzu.

Nach stundenlangem Austausch von Argumenten, inklusive Schlichtung durch die Universitätsleitung, verließen die Anhänger von BİSAK den Campus. Die Polizei verhaftete im Anschluss an diesen Vorfall drei linke Studierende, die aber zwei Stunden später wieder freigelassen wurden. Am Abend desselben Tages teilte BİSAK Videos von dem Vorfall über das Internet und startete eine Kam-

pagne mit dem Titel »Wir wollen keine Terroristen in den Universitäten«. Die Gruppe selbst profitierte jahrelang vom liberalen Geist an der Bosphorus-Universität. Sie konnte einen Studierendenclub gründen, Frauen mit Kopftuch gestattete die Universität, den Campus zu betreten, obwohl dies per Gesetz damals noch verboten war.

Nach dem Zusammenstoß versuchten am darauffolgenden Tag, mehrere Menschen mit »Gott ist groß«-Rufen Zutritt zur Universität zu verschaffen, um die von BİSAK als »Terroristen« diffamierten Studierenden »zu finden«. Auch türkische Na-

*Es war das erste Mal in diesem Jahrtausend, dass Aufstandsbekämpfungseinheiten der Polizei die Bosphorus Universität betreten haben.*

tionalisten tauchten mit Flaggen und Transparenten auf dem Campus auf, um abermals den Sieg in Afrin zu feiern. Es waren regierungsnaher Fernsehsender und Zeitungen anwesend. Einige Medien veröffentlichten Videos, in denen die Gesichter der linken Protestierenden deutlich zu erkennen waren.

In der Nacht zum Donnerstag dann durchsuchte die Polizei Privatwohnungen und Studierendenwohnheime auf dem Campus und nahm dabei sieben Menschen fest. Wie Augenzeugen gegenüber »nd« berichteten, beleidigten verummte Polizisten Anwesende, weil Männer und Frauen

zusammen in den Unterkünften schliefen. Es versammelten sich Hunderte aus Solidarität auf dem Campus, um gegen die Festnahmen zu protestieren. Die Polizei teilte den Protestierenden mit, dass auch sie verhaftet würden, sollten sie weiter Protestlogos rufen. Aber die Studierenden wichen nicht zurück, worauf weitere fünf Menschen festgenommen wurden. Einer Person wurde Augenzeugen zufolge dabei die Nase gebrochen.

Es war das erste Mal in diesem Jahrtausend, dass Aufstandsbekämpfungseinheiten der Polizei die Bosphorus-Universität betreten haben. »Das tägliche Leben an der Universität hat sich radikal geändert«, sagt Arif Akyol, ein Studierender der Universität, gegenüber »nd«. Studierende, die an Protesten teilgenommen haben, hätten »Angst nach draußen zu gehen«, so Akyol. Die Polizei kontrolliere in Bars, Cafés, an den Metroausgängen und sogar innerhalb der Bibliothek. »Für uns ist das eine Non-Stop-Schikane. Natürlich ist es auch ein Versuch, die Menschen, die gegen den Krieg sind, einzuschüchtern.«

Am vergangenen Freitag wurden zwei weitere Studierende verhaftet. Kurz darauf, am Samstagabend, äußerte sich Erdoğan persönlich. Er kündigte öffentlich eine Untersuchung an und sagte, dass den »terroristischen Jugendlichen nicht das Recht« gegeben werden sollte, zu studieren. Daraufhin kam es in der Nacht zum Sonntag zu erneuten Razzien im Studierendenwohnheim auf dem Nordcampus und in Privatwohnungen. Dabei wurden drei weitere Menschen festgenommen. Erdoğan erklärte, dass diese Einsätze weitergehen werden, bis alle »Terroristen« gefunden seien.

## Auszug aus Ost-Ghuta

Syrische Rebellen verlassen umkämpfte Region

Damaskus. Tausende weitere syrische Rebellen und ihre Angehörigen haben in der Nacht zum Dienstag die umkämpfte Region Ost-Ghuta bei Damaskus verlassen. Mit der letzten Rebellengruppe Dschaisch al-Islam liefen Verhandlungen über die Übergabe der Stadt Duma, doch stockten die Gespräche der Gruppe mit der syrischen Regierung und Russland. In einer syrischen Zeitung hieß es, deshalb könnte eine neue Offensive der Regierungstruppen bevorstehen.

Die Kämpfer und ihre Familien zogen in der Nacht in einem Konvoi aus Ost-Ghuta ab. Wie die syrische Nachrichtenagentur Sana meldete, verließen hundert Busse mit 6749 Menschen an Bord die Enklave, darunter ein Viertel Kämpfer der Islamistengruppe Fajlak al-Rahman. Es war der größte Konvoi seit Beginn der Evakuierungsaktion.

Nach der Gruppe Ahrar al-Scham hatte am Freitag auch Fajlak al-Rahman zugesagt, ihre Kämpfer aus Ost-Ghuta abzuführen. Am Samstag hatte ein erster Konvoi mit knapp tausend Kämpfern und Zivilisten die Orte Arbin, Samalka und Dschobar verlassen. Am Sonntag folgten dann mehr als 5400 Personen. Insgesamt verließen mehr als 17 000 Kämpfer und ihre Angehörigen Ost-Ghuta in Richtung der Nordwestprovinz Idlib.

Die syrische Armee hatte Mitte Februar mit Unterstützung der russischen Luftwaffe eine groß angelegte Offensive auf Ost-Ghuta gestartet. Dabei eroberte sie in zwischen mehr als 90 Prozent des

ANZEIGE

**Mazi · Extra Virgin Olivenöl**  
Die neue Ernte ist da!

Das kaltgepresste griechische Olivenöl der Kooperative Vassilis Bournas aus Daras in Messinien wirkt gleich mehrfach solidarisch, denn pro verkauftem Liter geht ein Euro an ein Solidaritätsprojekt in Griechenland, ein von Geflüchteten bewohntes ehemaliges Hotel in Athen.

Jetzt bestellen:  
neues deutschland, Shop,  
Franz-Mehring-Platz 1  
10243 Berlin  
Tel. 030-2978-1654  
shop@nd-online.de

1 Liter 12 €  
5 Liter 50 €

Preis inkl. MwSt., zzgl. Versandkosten  
2,50 € für 1l, ab 3 Flaschen oder  
Packinggröße 5l versandkostenfrei

neues deutschland nd  
SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

## NACHRICHTEN

## Auf der Suche nach Frieden für Afghanistan

Nachbarländer machen sich gemeinsam Sorgen / Usbekistan als neuer Akteur auf der regionalpolitischen Bühne

## Neuer slowakischer Ministerpräsident gewinnt Abstimmung

Bratislava. Der neue slowakische Ministerpräsident Peter Pellegrini hat die Vertrauensabstimmung im Parlament gewonnen. Für den 42 Jahre alten Sozialdemokraten (Smer-SD) stimmte am Montagabend eine Mehrheit von 81 Abgeordneten im Nationalrat in Bratislava, wie die Nachrichtenagentur TASR berichtete. Es gab 61 Gegenstimmen. Der Mord an dem Journalisten Jan Kuciak und seiner Verlobten Martina Kusnirova hatte eine schwere politische Krise ausgelöst und zum Rücktritt des langjährigen Ministerpräsidenten Robert Fico geführt. Mehrere hundert Menschen protestierten vor dem Parlamentsgebäude gegen die umgebildete Regierung, weil ihnen die Veränderungen unter Pellegrini nicht weit genug gehen. *dpa/nd*

## Sonderzug aus Nordkorea hat Peking verlassen

Tokio. Nach den Spekulationen über einen Besuch des nordkoreanischen Staatschefs Kim Jong Un in China ist der fragliche Zug schon wieder aus Peking abgefahren. Die japanische Nachrichtenagentur Kyodo berichtete, der Sonderzug mit einem mutmaßlich hohen nordkoreanischen Politiker an Bord habe den Bahnhof in Peking am Dienstag wieder verlassen. Ob Kim an Bord des Zuges war, ist weiterhin unklar. Kim Jong Un ist noch nicht ins Ausland gereist, seit er 2011 in Nordkorea an die Macht kam. China ist der wichtigste Verbündete des Landes. *AFP/nd*

## Serbien erhebt schwere Vorwürfe gegen EU

Belgrad. Der serbische Staatspräsident Aleksandar Vucic hat die EU-Mission in Kosovo (Eulex) beschuldigt, bei der Festnahme eines Spitzenpolitiklers seines Landes am Montag in Kosovo geholfen zu haben. »Albanische Terroristen in Polizeiuniformen« hätten den in Serbien für Kosovo zuständigen Marko Djuric rechtswidrig verhaftet »mit direkter Unterstützung von Eulex«, sagte Vucic am Abend in Belgrad nach einer Eilsitzung des nationalen Sicherheitsrates. Djuric war in Mitrovica im Norden des Landes festgenommen und danach nach Serbien abgeschoben worden. Er habe sich illegal im Kosovo aufgehalten, hatte die Polizei ihren Einsatz begründet. *dpa/nd*

In den Friedensbemühungen für Afghanistan haben sich die Nachbarländer für eine engere politische und wirtschaftliche Kooperation ausgesprochen. Das ist das Ergebnis einer Konferenz in Taschkent.

Von Roland Etzel

Es gibt unterschiedliche Möglichkeiten, sich der katastrophalen politischen Lage in Afghanistan anzunehmen. Man kann dazu Statements ohne viel Neuigkeitswert im Blitzlicht-Gewitter abgeben, wie es die deutsche Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen gerade wieder vorexerzierte. Oder man kann sich zu einer Konferenz zusammenfinden, um gemeinsam mit möglichst vielen der unmittelbar und mittelbar beteiligten Staaten der Region endlich Lösungsansätze zu suchen. Nach fast vier Jahrzehnten mehr oder minder heftigen Kriegen im Land und der mindestens verfehlten Politik des Westens existieren dazu wohl keine vernünftigen Alternativen.

Dies ist wohl auch der einer der Leitsätze gewesen, die zur aktuellen Konferenz in der usbekischen Hauptstadt Taschkent führten. Usbekistan grenzt an Afghanistan. Die Usbeken stellen mit etwa neun Prozent Bevölkerungsanteil eine der Hauptethnien auch in Afghanistan. Der usbekische Milizenführer Abdul Raschid Dostum ist derzeit Vizepräsident Afghanistans. Trotzdem ist die frühere Sowjetrepublik Usbekistan relativ neu im Kreis der militärisch involvierten



Am Sonntag in Dschalabad (Ostafghanistan): Zwei gefangene Taliban werden Medien vorgeführt.

Foto: dpa/Saifurrahman Safi

und/oder um politische Lösungssuche bemühten Staaten der Region.

Mit der Ausrichtung der Konferenz unter dem sperrigen Namen »Das friedliche Verfahren, die Kooperation im Bereich der Sicherheit und die regionale Kooperation« gehört Usbe-

kistan nun zum Kreis derer, die sich aktiv in den Verhandlungsprozess einbringen. »Sicherheit für Afghanistan ist auch Sicherheit für Usbekistan und ein Pfand für Stabilität und ein Erläutern des Großraums Zentral- und Südasien«, zitiert dpa den usbeki-

sehen Präsidenten und Tagungsgastgeber Schawkat Mirsijajew.

Dieser ist erst seit Dezember 2016 im Amt und scheint deutlich mehr an der Friedenssuche in der Region interessiert zu sein als sein Amtsvorgänger Islam Karimow. Mirsijajew bot

## Ein verlorener Krieg am Hindukusch

Kommt keine politische Lösung in Afghanistan, so sind die Russen schuld – sagt man in Washington

17 Jahre Krieg ohne Sieg. Die Bundeswehr verstärkt die Truppen in Afghanistan und hofft auf ein Wunder. Ist das traditionswürdig?

Von René Heilig

Für den Antrag der Bundesregierung votierten im Bundestag damals 538 Abgeordnete, alle 35 Abgeordneten der PDS stimmten dagegen. Acht Parlamentarier enthielten sich der Stimme. Auch die Grünen stimmten relativ geschlossen für den Einsatz. Das war Ende 2001. Die Bundesregierung hatte auf eine schnelle Entscheidung noch vor Weihnachten gedrängt, da die Übergangsregierung in Kabul ihre Arbeit aufnahm. Mit einer Schutztruppe, für die Deutsch-

land 1200 Soldaten stellte, wollte die NATO den Prozess der Vertrauensbildung zwischen den ehemaligen Bürgerkriegsparteien abzusichern. So jedenfalls erklärte das der damalige Bundesaußenminister Joschka Fischer (Grüne).

17 Jahre später stimmte der Bundestag mit Mehrheit für ein Mandat, das die Entsendung von bis zu 1300 Soldatinnen und Soldaten nach Afghanistan erlaubt. Trotz vieler Fortschritte, so heißt es im Antrag der Bundesregierung, sei die Lage dort immer noch geprägt von einer schwierigen, wenn auch regional unterschiedlichen Sicherheitslage, einer nicht in allen Landesteilen handlungsfähigen Regierung, Armut in breiten Schichten der Bevölkerung

sowie einem durch konkurrierende Interessen gekennzeichneten regionalen Umfeld. Zudem haben sich in den letzten Jahren regionale Rahmenbedingungen verändert. Das Vorgehen des Islamischen Staates (IS) in Irak und Syrien inspirierte militante Gruppen in Afghanistan zur Nachahmung und zu einer Reihe blutiger Anschläge in seinem Namen. Und damit keine falschen Erwartungen aufkommen, betonte Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen bei ihren Truppenbesuch am Wochenende, dass ein Ende des Afghanistan-Einsatzes nicht in Sicht ist. Wofür also ist Hauptfeldwebel Tobias Lagenstein – wie es beim Militär so verlogen heißt – gefallen? Will die Bundeswehr tatsächlich ihre

Traditionen auf vor allem politisch fehlgeschlagene Einsätze gründen?

Von der Leyen hat die afghanische Regierung aufgerufen, die Reformen und die Aussöhnung mit den radikalislamischen Taliban voranzutreiben. Sie lobte die Bereitschaft von Präsident Ghani zu Friedensgesprächen und wünschte sich mehr Fortschritte. Die Menschen im Land müssten merken, dass die Regierung Reformen umsetze.

Darüber, wie der Westen die afghanische Regierung in den kommenden Jahren unterstützen will, gibt es keine Einigkeit. US-Präsident Donald Trump verstärkt massiv die Truppen. Durch verstärkte massive Angriffe versuchen die USA, Taliban-Gruppen an den Verhandlungs-

am Dienstag sein Land als Plattform für Friedensgespräche an. Viele der eingeladenen Staaten waren mit ihren Außenministern zugegen, neben den Nachbarstaaten Kasachstan, Kirgisien und Tadschikistan auch Russland mit seinem Chefdiplomaten Sergej Lawrow. Die EU war mit ihrer Außensprecherin Federica Mogherini vertreten, Deutschland lediglich mit einem Botschaftsvertreter.

Konkrete Ergebnisse waren am Dienstag nicht zu erwarten, die Konfliktlinien aber wurden deutlich sichtbar. Obwohl der Westen zwar für jeden, der es sehen will, in Afghanistan mit seiner Strategie gescheitert ist und selbst die deutsche Verteidigungsministerin nahezu zeitgleich zur Konferenz »nebenan« in Kabul von der Notwendigkeit einer Verhandlungslösung sprach, wird eben bis jetzt nicht verhandelt.

Die größte regierungsfeindliche Kraft in Afghanistan, die Taliban, waren zwar ebenfalls nach Taschkent eingeladen, schlugen das Angebot aber aus. Afghanistans Präsident Ashraf Ghani hatte zuvor große Gesten nicht gescheit: »Anführer der Taliban und alle Mitglieder – die Entscheidung ist in euren Händen. Akzeptiert den Frieden. Kommt an den Verhandlungstisch.« Doch die Taliban wollten nicht mit Hamid Karsai verhandeln und wollen es auch nicht mit seinem Nachfolger Ghani. Beide werden als Marionetten der USA bezeichnet. Wenn man verhandele, so ließen die Taliban verlauten, dann mit den USA.

tisch zu zwingen. Die sind sich ihres zunehmenden Einflusses im Land durchaus bewusst und wollen mit den USA direkt und auf Augenhöhe verhandeln. Was Washington natürlich verweigert.

Falls Versuche zu einer politischen Lösung zu kommen, nicht fruchten, so hat die Trump-Administration bereits einen Schuldigen ausgemacht: Russland. Moskau, so empört man sich, unterstützte die Taliban über Geheimdienstkanäle. Was Moskau auch nicht abstreitet. Offen erklärt man, so die weitere Ausbreitung des IS in Afghanistan und Zentralasien verhindern zu wollen. Schließlich sei einem das russische Hemd näher als der amerikanischen Rock.

ANZEIGE

BUNKERTOUREN IN POLEN  
Geschichte erleben!

► Termin 05.06. - 06.06.2018  
► p. P. im DZ € 193,-  
► p. P. im EZ € 215,-

## Leistungen

- Fahrt im modernen Reisebus ab/bis Berlin Ostbahnhof, Abfahrt 06:00 Uhr
- 1 Ü/Frühstück im 3-Sterne-Panorama Hotel in Szczecin
- Willkommenstrunk
- 1 Abendessen, kalt-warmes Buffet
- ca. 2-stündige Stadtführung Szczecin
- ca. 1-stündige Tour durch Polens größten Luftschutzbunker
- ca. 3-stündiger Tanzabend im Hotel
- 1 Mittagessen im Restaurant, 2-Gänge
- ca. 2-stündige Hafenschiffahrt in Szczecin
- durchgängige GR-Reisebegleitung (Mindestteilnehmer: 25 Personen)

## 1. Tag: Szczecin - Bunker - Schifffahrt

Trotz schwerer Kriegszerstörung hat die Hafenstadt Szczecin noch einige bedeutende Wahrzeichen zu bieten. Zu den sehenswertesten Bauten gehören das Schloss der pommerschen Herzöge, das alte Rathaus, die St. Jakobs-Kathedrale, der prächtige Loitzenhof sowie das Nationalmuseum, wo Schätze aus dem 16. und

SZZECIN MIT  
BUNKERTOUR - 2 TAGE

17. Jh. zu besichtigen sind. Das Schmuckstück der Stadt sind die sorgfältig angelegten Haken-terrassen an der Oder.

Erkunden Sie Polens größten Luftschutzbunker aus der Zeit des Zweiten Weltkriegs. Erfahren Sie, wie er nach 1945 zu einem Atomschutzbunker umgebaut wurde. Der Bunker erstreckt sich über fünf Ebenen, deren Wände und Decken aus drei Meter dickem Stahlbeton bestehen. Die Gesamtfläche des Bunkers beträgt

3.000 Quadratmeter. Während der Luftangriffe bot er bis zu 5.000 Personen Schutz.

Im Anschluss Mittagessen in den Hakenterrassen mit wundervollen Blick auf die Oder mit Schiffsanleger-Hafen. Anschließend können Sie bei einer Schifffahrt Szczecin von einer anderen Seite kennen lernen. Nach einem reichhaltigen Abendessen können Sie das Tanzbein schwingen und in geselliger Runde beisammen sein.

## 2. Tag: Heimreise



## DER OSTWALL

nd-Tagesfahrt: Im Oder-Warthe-Bogen

## Tagesablauf der Bunkertour

Am frühen Morgen fahren Sie in Richtung Polen. Ankunft in Pniewo. Hier befindet sich das größte Bunkersystem Europas. Der Bau der Bunker begann 1935 durch das Deutsche Reich. In den Kriegsjahren wurden Kunstschätze zum Schutz vor Luftangriffen in die unterirdischen Räumlichkeiten eingelagert. Das sogenannte Panzerwerk 717, eine robuste Militäranlage, ist eines der wenigen Panzerwerke, das vor den Sprengungen nach dem Krieg verschont und dessen Ausstattung zum guten Teil erhalten blieb. Die

Besichtigung führt Sie über die beiden oberen Stockwerke des Panzerwerks 717, dann Abstieg in die Bunkerteile mit den Munitionslagern, der Sanitätsstation und den Ruheräumen. Unterirdisch führt der Weg weiter zum Panzerwerk 716, von wo aus die Führung wieder oberirdisch zum Ausgangspunkt zurückführt. Das Mittagessen erfolgt in Nowa Wysoka. Weiterfahrt zur 36 Meter hohen Christusstatue in Swiebodzin. Durch den aufgeschütteten Erdhügel, auf dem die Statue errichtet wurde, gewinnt das Denkmal noch an Größe und misst

► Termin 22.09.2018  
► Preis pro Person € 139,-

## Leistungen

- Busreise ab/bis Berlin Ostbahnhof, Abfahrt 07:30 Uhr
  - Eintritt und ca. 1,5 stündige Führung der Tour »Werkgruppe Scharnhorst« mit den drei Panzerwerken 716, 716a und 717, sowie Unter- und Oberanlage
  - 1 Mittagessen in Nowa Wysoka
  - Besichtigung der weltgrößten Jesusstatue in Swiebodzin
  - durchgängige Reiseleitung durch Rene Heß
- (Mindestteilnehmer: 25 Personen)

insgesamt 52 Meter. Die Figur überragt sogar ihr Vorbild, die Jesus-Christus-Statue im brasilianische Rio de Janeiro! Der Bau der Christus-König-Statue wurde erst im November 2010 abgeschlossen. Seither gilt sie als neue katholische Pilgerstätte und Touristenattraktion Polens. Anschließend treten Sie die Heimreise an.

Sie haben Interesse an einer unserer Leserreisen? Dann schicken wir Ihnen gern einen ausführlichen Flyer zu.

## INFORMATION/BUCHUNG

nd-Leserreisen, Frank Diekert  
Tel.: 030/2978-1620  
Fax: 030/2978-1650  
Mail: leserreisen@nd-online.de

# Katastrophaler America-First-Kapitalismus

Strategie gegen Handelskriege ist nötig, um eine neue Weltwirtschaftskrise zu vermeiden

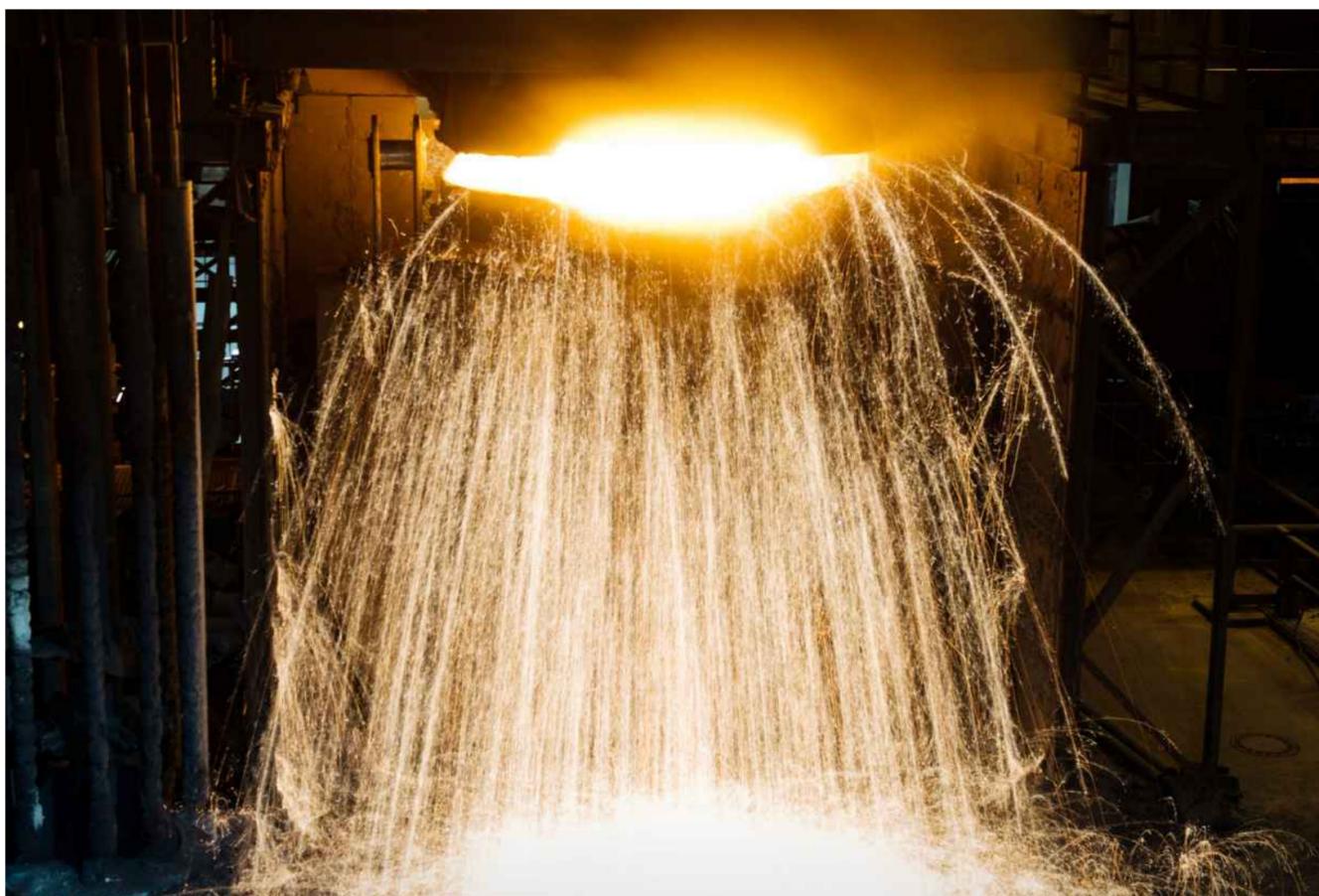
Die US-Stahlindustrie hat ein Problem mit der Wettbewerbsfähigkeit. Doch statt diese zu stärken, verhängt der Präsident Schutzzölle. Die Kritik an Handelsbilanzungleichgewichten ist hingegen verständlich.

Von Rudolf Hickel

Donald Trump ist dabei, den seit Jahren schwelenden Krieg zwischen den großen Welthandelsplayern offen ausbrechen zu lassen. Dabei hat der Produzent von Falschmeldungen hier einige Fakten auf seiner Seite: Die Bilanz bei den Exporten aus den USA fällt gegenüber den Importen aus Deutschland (2017 über 111 Milliarden Euro), der EU (120 Milliarden Euro) und China (243 Milliarden Euro) seit Jahren negativ aus. Auch sind die Zölle beispielsweise auf Exporte in die USA aus der EU mit 3,5 Prozent niedriger als die auf Importe aus den USA (5,2 Prozent).

Trump nutzt diese unbestreitbaren Fakten – wie schon im Wahlkampf durch Instrumentalisierung der Globalisierungsverlierer in der ehemaligen Industrieregion der USA, dem Rostgürtel – für seinen katastrophalen »America-First«-Nationalismus. Protektionistische Zölle konzentriert er erst mal auf Importe von Stahl mit 25 Prozent und von Aluminium mit 10 Prozent vor allem gegenüber China. Die EU erhält wegen der zu erwartenden politischen Widerstände allerdings nur bis zum 1. Mai eine Schonzeit. Am Beispiel der Stahlindustrie aus der EU wird klar: Es geht Trump nicht um die Abwehr von Dumpingpreisen als Folge staatlicher Hilfen der Importländer, sondern um den Schutz der US-Stahlindustrie gegenüber der überlegenen Konkurrenz aus dem Ausland. Nach dem Abbau von 35 Prozent der Beschäftigten liegt die aktuelle Auslastung der Produktionskapazitäten im Stahlbereich nur bei etwas über 70 Prozent.

Ein faktenbasierter Vergleich zeigt: Die konkurrierende Stahlindustrie beispielsweise aus der EU verfügt mit ihrer hocheffizient erzeugten Produktionspalette über eine viel höhere Wettbewerbsfähigkeit. Diese Konkurrenz etwa aus Deutschland ist im Kern frei von staatlichen Subventionen. Trotz intensiver Bemühungen konnte die US-Administration den Vorwurf des Dumpings, also von Preisen, die auch dank Staatshilfen unter den Herstellungskosten liegen, nicht nachweisen. Vielmehr wird die Section 232 des Außenhandelsgesetzes, die den Präsidenten mit Bezug auf die drohende äußere oder innere Sicherheit handeln lässt, herangezogen. Die bittere Erkenntnis: Anstatt die Wettbewerbsfähigkeit zu stärken, will Trump mit Zöllen diese Branche vor der internationalen Konkurrenz schützen.



Funkenflug aus einer Stahlwanne der Salzgitter AG

Foto: dpa/Julian Stratenschulte

Nicht nur Trump verweist darauf, dass in den letzten Jahren auch durch die EU etliche Strafzölle etwa auf Stahlimporte aus China erhoben worden sind. Warum wird ihm dieses Instrumentarium verweigert? Im Vergleich mit China gegenüber der EU-Stahlbranche gibt es einen fundamentalen Unterschied. So ist beispielsweise die deutsche Stahlindustrie ohne staatliche Hilfe mit ihrer hochwertigen Produktpalette und



Der Ökonom Rudolf Hickel lehrte viele Jahre an der Universität Bremen und leitete dort das Institut Arbeit und Wirtschaft.

Foto: nd/Ulli Winkler

hochmodernen Produktionstechnologie wettbewerbsfähig. Deutschland wurde jedoch in den letzten Jahren von massiv gestiegenen Stahlimporten mit gezielten Dumpingpreisen aus China überschwemmt. Diese liegen nachweislich auch durch vielfältige staatliche Hilfen unter den Herstellungskosten. Im Unterschied zu den USA dienen daher die EU-Zölle der Abwehr von Dumpingvorteilen. Deshalb werden beispielsweise auf die China-Importe von Kaltfeinblech bis zu 36,1 Prozent und auf korrosionsbeständige Stähle bis zu 42,9 Prozent Zölle gegenüber einzelnen Unternehmen in China erhoben.

Übrigens haben diese von der Welthandelsorganisation akzeptierten Strafzölle die Stahlimporte aus China zwischenzeitlich reduziert, ja sogar zur Schließung von Stahlwerken in China geführt. Zusätzlich gibt es auch noch ein ökologisches Dumping. Gegenüber dem in Deutschland unter hohen Umweltstandards produzierten Stahl fallen vergleichbare Betriebsausgaben in Umwelttechnologien in China kaum an. So entspricht die CO<sub>2</sub>-Mehrbelastung durch sieben Millionen Tonnen importiertem Walzstahl aus China gegenüber der Produktion in Deutschland dem

Ausstoß von 2,1 Millionen Mittelklasse-Pkw pro Jahr. Dieser »ökologische Rucksack« ist auch der Grund für die zum Teil entlastenden Sonderregelungen bei den Energiegesetzen zur CO<sub>2</sub>-Reduktion.

Trumps Kritik an den Handelsbilanzungleichgewichten ist grundsätzlich verständlich, die Antwort mit protektionistischen Zöllen jedoch ökonomisch auch für die USA dumm und politisch brandgefährlich. Bereits die ersten Reaktionen Chinas auf die geplanten Zölle für Stahl- und Aluminiumprodukte lassen die eskalierenden Folgen eines Handelskrieges erkennen. Schweinefleisch, Wein und Stahl aus den USA sollen mit Strafzöllen belegt werden. Gezielte Behinderungen der in China produzierenden Konzerne wie Apple und Google sind nur noch eine Frage der Zeit.

Die EU ist jetzt in der Verantwortung. Die beliebte vordergründige Kritik aus Politik, Teilen der Wirtschaftswissenschaft und vor allem von einschlägigen Wirtschaftsverbänden an Trumps zerstörerischem »America-First«-Imperialismus offenbart sich durchaus als scheinheilig. Seine nationalistisch verzerrten Attacken auf existierende Diskriminierungen im Welthandel zurückzu-

weisen, hieße, mit richtigen Antworten anstehenden Steuer in Großbritannien hat eine Reihe von Herstellern schon im Vorfeld den Zuckergehalt in Getränken gesenkt. Wie die Verbraucherorganisation Foodwatch am Dienstag auf der Grundlage eigener Recherchen mitteilte, senkte etwa Coca-Cola den Zuckergehalt bei seinen Marken Fanta und Sprite für den britischen Markt von 6,9 auf 4,6 beziehungsweise von 6,6 auf 3,3 Gramm pro 100 Milliliter. Auch der Konzern Britvic, Branchenzweiter in Großbritannien, und weitere Hersteller wurden aktiv. Großbritannien führt am 6. April eine Steuer auf stark gezuckerte Getränke ein, die von den Herstellern zu entrichten ist. Foodwatch kritisierte, dass Hersteller den Zucker nur durch Süßstoffe ersetzen.

Eine Strategie zur Reduzierung der Exportüberschüsse ist: Durch die Stärkung der Binnenwirtschaft mit öffentlichen Investitionen, angemessenen Löhnen im Verhältnis zum Verteilungsspielraum und dem Abbau von Armut würden die Importe zunehmen und der Außenbeitrag reduziert. Immerhin hat die Bundeskanzlerin diesen Zusammenhang auf dem jüngsten EU-Gipfel in Brüssel erstmals angesprochen. Darüber hinaus sollte die EU das Jahrhundertwerk des generellen Abbaus von Zöllen im Rahmen von GATT forcieren. Im Prozess der wirtschaftlichen Renationalisierung mag das naiv klingen. Aber es gilt, durch die Verhinderung von Handelskriegen eine neue Weltwirtschaftskrise zu vermeiden.

## NACHRICHTEN

### Bahnfahrer mögen neue Berlin-München-Strecke

Berlin. Auf ihrer neuen Schnellfahrstrecke München-Berlin hat die Deutsche Bahn in den ersten 100 Tagen knapp 1,2 Millionen Fahrgäste befördert. Das seien mehr als doppelt so viele wie im Vorjahreszeitraum zwischen beiden Städten, teilte der bundeseigene Konzern am Dienstag mit. Das Sitzplatzangebot in den ICE wurde von 10 000 auf 20 000 täglich erhöht. Die Auslastung sei demnach »leicht gestiegen«, auf gut 55 Prozent, sagte eine Bahnsprecherin. Die ICE-Sprinter seien im Durchschnitt sogar zu 70 Prozent gefüllt. Diese Züge erreichen München beziehungsweise Berlin nach vier Stunden. dpa/nd

### Twitter gegen Werbung für Kryptowährungen

San Francisco. Nach Google und Facebook schränkt auch der Kurzbotschaftendienst Twitter die Werbung für Kryptowährungen wie den Bitcoin ein. Um die Sicherheit der Nutzer zu stärken, solle künftig die Werbung für die Kapitalbeschaffung in Kryptowährung (IPO) und den Verkauf virtueller Wertmarken verboten werden, teilte das Unternehmen am Montag mit. Der Preis der bekanntesten Kryptowährung Bitcoin fiel nach der Ankündigung um acht Prozent unter die Marke von 8000 Dollar. AFP/nd

### Coca-Cola und Co. senken Zuckergehalt

Frankfurt am Main. Wegen einer anstehenden Steuer in Großbritannien hat eine Reihe von Herstellern schon im Vorfeld den Zuckergehalt in Getränken gesenkt. Wie die Verbraucherorganisation Foodwatch am Dienstag auf der Grundlage eigener Recherchen mitteilte, senkte etwa Coca-Cola den Zuckergehalt bei seinen Marken Fanta und Sprite für den britischen Markt von 6,9 auf 4,6 beziehungsweise von 6,6 auf 3,3 Gramm pro 100 Milliliter. Auch der Konzern Britvic, Branchenzweiter in Großbritannien, und weitere Hersteller wurden aktiv. Großbritannien führt am 6. April eine Steuer auf stark gezuckerte Getränke ein, die von den Herstellern zu entrichten ist. Foodwatch kritisierte, dass Hersteller den Zucker nur durch Süßstoffe ersetzen.

### ESM überweist an Athen Milliarden-Kredittranche

Brüssel. Der Eurorettungsfonds ESM hat die Auszahlung der nächsten Kredittranche für Griechenland definitiv bestätigt. »Das Direktorium hat der vierten Auszahlung in Höhe von 6,7 Milliarden Euro finanzieller Hilfe an Griechenland zugestimmt«, teilte der ESM am Dienstag mit. 5,7 Milliarden Euro werden demnach ab Mittwoch ausgezahlt, eine weitere Milliarde soll ab dem 1. Mai folgen. Die vierte Tranche ist als letzte Zahlung des 2015 vereinbarten dritten Kreditprogramms vorgesehen, das offiziell im August ausläuft. Die Eurostaaten hoffen, dass Athen sich dann wieder vollständig selbst finanzieren kann. AFP/nd

### Klößner will staatliches Tierwohllabel umsetzen

Berlin. In der Debatte um die Kennzeichnung von Fleisch hat Landwirtschaftsministerin Julia Klößner (CDU) angekündigt, ein staatliches Tierwohllabel für Fleisch- und Wurstwaren einzuführen. »Die Verbraucher wollen wissen, woher ein Tier kommt und wie es gehalten wurde«, sagte Klößner der in Düsseldorf erscheinenden »Rheinischen Post« (Dienstag). Union und SPD haben das Label im Koalitionsvertrag vereinbart. Klößner sagte, die bestehenden Initiativen aus der Agrarbranche und von Supermärkten reichten nicht aus. »Für mich steht fest: Verlässlichkeit und Übersicht für die Verbraucher gibt es nur mit einem staatlichen Label.« epd/nd

# Scandlines wechselt erneut den Besitzer

Deutsche-dänische Fährreederei scheint gut gerüstet für die Konkurrenz durch die geplante feste Fehmarnbeltquerung

Das lukrative Fährgeschäft lockt auch Renditejäger an. Die deutsche-dänische gehört künftig gleich drei Finanzinvestoren. Die Aussichten sind lukrativ.

Von Andreas Knudsen

Gerüchte hatte es schon länger in der Branche gegeben, nun aber wurde es öffentlich gemacht: Ein Konsortium aus Fondsgesellschaften übernimmt die Mehrheit an der Fährreederei Scandlines Deutschland GmbH. Demnach wird der australische Vermögensverwalter First State Investments der Haupteigner mit einem Anteil von 51 Prozent, und die britische Hermes Investment Management erhält 14,9 Prozent. Die beiden weltweit operierenden Fondsgesellschaften, die auf Investitionen im Infrastrukturbereich spezialisiert sind, bezahlten dafür 1,7 Milliarden Euro. Das brachte dem britischen Finanzinvestor 3i Group einen Nettoerlös von 347 Millionen Euro ein. Er war 2007 bei Scandlines eingestiegen und seit 2013 alleiniger Inhaber. Zum Ärger von Rostock verlagerte man den

Firmensitz nach Hamburg. Die Finanzfirma hält künftig noch 35 Prozent der Anteile.

Zu dem Verlaufswechsel muss man die Millionengewinne legen, die Scandlines seit der Übernahme durch 3i erzielt hat. Während hier weiter kontinuierlich Gewinn eingefahren wird, ist der kurzfristige Gewinn, den die deutsch-dänischen staatlichen Besitzer 2007 mit dem Verkauf erzielten, längst verbraucht.

Dass 3i weiterhin ein bedeutendes Aktienpaket hält, macht deutlich, dass die Kapitalfonds auch von den künftigen Gewinnaussichten überzeugt sind. Für die Briten war der Mehrheitsverkauf jedoch notwendig geworden, da Finanzinvestoren nur für eine bestimmte Zeit investieren, bevor sie mit Gewinn ihre Anteile weiterverkaufen. Die Anleger hinter ihnen wollen ihr Kapital nach einer gewissen Laufzeit wieder zurückhaben – einschließlich einer üppigen Rendite, versteht sich. Das war auch hier der Fall, zumal der Markt für solchen Aktienhandel angesichts der anhaltend hohen Börsenkurse gegenwärtig sehr vorteilhaft für den Verkäufer ist.

Hermes Investment Management hat seine Wurzeln in den Pensionsfonds der Beschäftigten der britischen Post und der Telekom. Inzwischen sind hier auch andere, vor-

»Scandlines ist eine fantastische Investition für uns gewesen und die weitere Investition wird es bleiben.«

Peter Wirtz, Sprecher von 3i Deutschland

zugsweise europäische Pensionsfonds mit eingestiegen.

First State Investments verwaltet vorzugsweise britisches Kapital, das von Pensionsfonds zur Verfügung gestellt wird, aber auch Kapital aus Übersee und hier vorzugsweise australisches. Für First State ist es nicht der erste Einstieg in das Reedereigeschäft. Schon 2015 übernahm der Fonds die HH-Linie zwischen dem dänischen Helsingør und der schwe-

dischen Schwesterstadt Helsingborg. Diese Linie war bis dahin im gemeinsamen Besitz von Scandlines und dem schwedischen Konkurrenten Stena. Auch nach dem Verkauf fahren die Schiffe weiter unter dem Scandlines-Symbol im Rahmen eines Lizenzvertrages, um den guten Namen der Reederei weiter verwenden zu können.

Dass Scandlines ein gutes Geschäft für 3i war, bestätigte der Sprecher des deutschen Ablers, Peter Wirtz in einer Pressemitteilung anlässlich des Verkaufes. »Scandlines ist eine fantastische Investition für uns gewesen und die weitere Investition wird es bleiben. Das Unternehmen schafft Liquidität und verzeichnet seit unserer Übernahme starkes Kapitalwachstum.« Nicht umsonst zahlte 3i seine früheren Partner Allianz Capital Partners und Deutsche Seereederei aus, um in den Alleinbesitz von Scandlines zu kommen.

An den guten Zukunftsaussichten ändert auch die geplante Feste Fehmarnbeltquerung nichts. Ursprünglich sollte sie schon in diesem Jahr in Betrieb genommen werden, aber der

erste Spatenstich steht noch immer aus. Es dürfte noch mindestens zehn Jahre dauern, bis wirklich das erste Auto und der erste Zug durch den Tunnel rollen wird. Mit zu den Verzögerungen haben auch die berechtigten Einsprüche von Scandlines geführt. Die Reederei kritisiert u.a. die staatlichen Garantien hinter den Krediten für das Milliardenprojekt, die für ein günstigeres Zinsniveau sorgen und die ein Privatunternehmen nicht bekommen kann. Auch die Zusammenarbeit von Scandlines mit Umweltorganisationen in Deutschland muss vor dem Hintergrund des bedrohten Geschäftes auf der Route Rødby-Puttgarden gesehen werden.

Nach Angaben der neuen und alten Investoren soll für die Kunden alles beim Alten bleiben. Bei den in den letzten Jahren kräftig gestiegenen Fahrpreisen ist es auch schwer vorstellbar, dass diese noch weiter erhöht werden können, ohne dass die Kunden fern bleiben. Welche Überlegungen das Management dazu hat, werden Passagiere und Fuhrunternehmen aber erst in den kommenden Monaten erfahren.